

Vorwort

Das Grundverkehrsrecht regelt, wer Grund und Boden erwerben darf. Das Raumordnungsrecht bestimmt, wie Grund und Boden zu verwenden sind. Der Landesgesetzgeber führt nunmehr diese Trennung durch. Die ordnungsrechtlichen Vorschriften im Grundverkehrsgesetz betreffend Freizeitwohnsitze entfallen gänzlich und werden in das Raumordnungsgesetz übersiedelt. Gleichzeitig wird die Anzeige- und Erklärungspflicht gegenüber den Grundverkehrsbehörden abgeschafft. Damit sind die Grundbuchgerichte in diesem Bereich zur Prüfung und Anwendung der Bestimmungen des Grundverkehrsgesetzes berufen. Hier schafft besonders der Bereich der Abgrenzung zu ausländischen Gesellschaften rechtliche Schwierigkeiten. Wie bereits in den vorangegangenen Auflagen widme ich mich in einem besonderen Kapitel dem Thema Freizeitwohnsitze, weil dieses Thema untrennbar mit dem Grundverkehrsrecht verbunden ist, auch wenn es, legislativ nunmehr richtig, im Raumordnungsgesetz geregelt ist.

Ich danke dem Verlag, dass er wiederum, nunmehr bereits in der 6. Auflage, eine Aktualisierung des Kommentars ermöglicht hat, wobei ich, wie bisher, besonders das Recht der Europäischen Union berücksichtige. Aufgrund der besonderen Aktualität wurde auch das Kapitel zu den Freizeitwohnsitzen geschärft, insbesondere betreffend die Nutzung im Rahmen von Gastgewerbebetrieben, Stichworte „Buy to let“. Zuletzt erlaube ich mir nochmals den ausdrücklichen Hinweis, dass gerade dem gegenüber dem Europarecht kritischen Geist entgegnet werden muss, dass Europarecht aufgrund des Verbotes der Inländerdiskriminierung auch den Inländer schützt und damit juristisch als durchaus segensreich bezeichnet werden kann. Gerade in so turbulenten Zeiten wie diesen kann die verbindende Kraft des Europarechtes nicht hoch genug geschätzt werden.

Innsbruck, im Oktober 2016

Axel Fuith
axel@fuith.eu
www.fuith.eu

Publikationen

- Tiroler Grundverkehrsrecht und Kreditschutz, ZIK (Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz) 1996, 90
- Der österreichische Grundverkehr in der Europäischen Union, ZUV (Zeitschrift der unabhängigen Verwaltungssenate) 1996, 12
- Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996
(unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der Europäischen Union, Linde Verlag 1997)
- Tiroler Grundverkehrsgesetz mit Novelle 2005
(unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der Europäischen Union, Linde Verlag 2006)
- Tiroler Grundverkehrsgesetz mit Novelle 2009
(unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der Europäischen Union, Linde Verlag 2010)
- Tiroler Grundverkehrsgesetz mit Novelle 2012
(unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der Europäischen Union, Linde Verlag 2012)
- Tiroler Grundverkehrsgesetz idF des Tiroler Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes
(unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der Europäischen Union, Linde Verlag 2014)